

DEMOKRATIE und CORONA

(Dr. Nana Walzer)

Demokratie als Grundlage der freien Welt

Zu den Grundsätzen demokratischer Systeme gehören freie Wahlen, Mehrparteiensysteme, ein funktionierendes Parlament oder die Achtung der Grund- und Menschenrechte. Im Gegensatz dazu stehen alle Arten von Diktaturen, seien es autoritäre oder totalitäre Systeme. Es gilt genau zu beobachten ob, wie und wo im Lauf der Corona-Krise erstere in zweite Systemformen kippen. Die Voraussetzungen für Demokratie bilden

1. die *Möglichkeit zur Teilhabe* der BürgerInnen an der Macht des Staates
2. die *Wahrung aller BürgerInnen-Rechte* wie auch Grund- und Menschenrechte
3. die *Überzeugung der Menschen, an der Gestaltung und Verwaltung der Gesellschaft über demokratische Mittel auch tatsächlich mitwirken zu können*. Alle drei Elemente wurden während der Corona-Krise in vielen Ländern massiv eingeschränkt. Um Gegenreaktionen vorzubeugen, dient eine erfolgreiche Krisenkommunikation der Verantwortlichen: Sie erzeugt im besten Fall Vertrauen und Zuversicht, lindert Angst und Unsicherheit oder fördert das Gefühl einer Ohnmacht im Volk, führt zu Unmut, Zweifel und letztlich gesundheitsgefährdenden Verhaltensweisen. Meinungsvielfalt, Medien-Diversität und Vielfalt politischer Ansichten sind wesentliche demokratie-sichernde Bausteine.

Verantwortungslose und manipulative Stimmen, die absichtlich Zweifel säen, um die Gesellschaft zu spalten, können in diesem Klima der Unsicherheit jedoch schweren Schaden stiften. Wer jetzt Schuldige sucht (Chinesen, Migranten, die EU, die Medien, die Regierungen etc.) erzielt vielleicht große Wirkung. Denn die Menschen wollen einfache Lösungen, eine schnelle Rückkehr zur Normalität, ein Ende der bedrohlichen Krisenstimmung und einen Anfang der Möglichkeit, das eigene Überleben wieder in die eigene Hand nehmen zu können.

Die Demokratie beutelt es derzeit hin und her: Zwischen blindem Befolgen von Regierungsvorgaben und negativ-stimmungsmachenden Ansichten scheint es kaum Raum für sinnvolle aktive Mitbestimmung zu geben. Ohnmachtsgefühle können ein starkes Anzeichen für eine gefährdete Demokratie sein. Doch in Krisenzeiten sind weder eine langwierige Streitkultur in oder mit Regierungen noch eine Einschränkung der Rechte auf Meinungsäußerung (selbst im Zeitalter von *fake news* und *alternative realities*) angebracht. BürgerInnen müssen lernen, Unsicherheiten auszuhalten und hetzerische Meinungen, die wie Nachrichten klingen (selbst wenn sie in einem pseudowissenschaftlichen Gewand präsentiert werden) von sinnvollen, differenzierenden und lösungsorientierten Meldungen zu unterscheiden. Das ist nicht einfach, doch die Wirklichkeit ist zu komplex für simple Wahrheiten. Sie müssen daher lernen, Vertrauen und Zuversicht zu entwickeln, sich gegenseitig zu stärken und dabei auf die Einhaltung der demokratischen Grundprinzipien achten. Dort wo Vertrauen missbraucht, Zuversicht zerstört und Demokratie bedroht werden ist ein Aufschrei fällig, der Gefahren aufzeigt, zur demokratischen Mitverantwortung anstiftet aber auch Lösungen im Blick hat.

Corona und die Herausforderungen für die Demokratie

Es mag kaum überraschen, dass eine Pandemie einen Ausnahmezustand darstellt, der die Ausrufung eines Notstandes in besonders betroffenen Staaten nach sich ziehen kann. Weniger ersichtlich ist, wie heikel die während dieser Phase getroffenen Regierungsbeschlüsse in Bezug auf die Freiheit einer Gesellschaft und ihre Grundlagen sein können. Notstandsgesetze beschränken BürgerInnenrechte. Wiewohl sie im Akut-Fall Sinn machen können, haben sie das Potenzial, spätestens nach der Krisenzeit demokratiegefährdend zu wirken. Derartig kritische Verfassungs- und Gesetzesänderungen führen etwa zur Entmachtung der Mitspracherechte der bürgerlichen RepräsentantInnen (Parlament oder Medien) oder zu einer Form der Überwachung, die den Datenschutz und das Recht auf Privatsphäre verletzt. Solche Maßnahmen sind in vielen Ländern Europas im Zuge der Corona-Krise Realität geworden, zumeist jedoch *zeitlich beschränkt* und *auf die Pandemie bezogen*. Wo diese beiden Elemente in den Gesetzestexten fehlen, ist die Gefährdung der Demokratie augenscheinlich: in Ungarn etwa wurde das Parlament ausgehebelt (Stand: Anfang April 2020), Ministerpräsident Victor Orbán kann das Land per Dekret regieren - ohne zeitliche Einschränkung. Die Zweidrittelmehrheit der rechtspopulistischen Regierungspartei FIDESZ hat diese Entscheidung ermöglicht und sich selbst zugunsten des nunmehrigen Alleinherrschers entmachtet: Kontrolle durch das Parlament wurde ausgeschaltet, Wahlen und Volksabstimmungen müssen nicht mehr ausgeführt werden und für „Falschnachrichten“ (de facto regierungskritische Nachrichten) drohen mehrjährige Gefängnisstrafen. Hier wurde die Grenze zwischen Demokratie und Diktatur überschritten. Die Zeit für einen europäischen Aufschrei und für demokratie-sichernde Maßnahmen ist gekommen.

In Deutschland sieht es anders aus: Maßnahmen wie Ausgangsbeschränkungen, Geschäfts- und Schulschließungen wurden zeitlich begrenzt und dienen der Eindämmung der Ausbreitung des Virus, also dem Gemeinwohl. Der Mensch ist derzeit in den meisten Nationen der Welt wichtiger als die Wirtschaft, dies ist eine historische Premiere! Und gerade westliche Demokratien achten auf ihre Grundsätze. Der Versuch von dem deutschen Parlamentspräsidenten Wolfgang Schäuble eine Grundgesetzänderung (letztlich Verfassungsänderung) zu erwirken, wurde vom Parlament parteiübergreifend abgelehnt. In der Theorie war dessen Ansinnen nachvollziehbar (es geht ihm um die Aufrechterhaltung der Handlungsfähigkeit des Parlaments, denn was würde passieren, wenn zu viele Abgeordnete krank wären?), es wäre jedoch die Gefahr von Flüchtigkeitsfehlern zu groß gewesen.“. Die Maßnahme einer Senkung von 50 auf 25 Prozent der Abgeordneten für die Beschlussfähigkeit des Parlaments wurde als ausreichend angesehen.

Auch bei der Frage der Überwachung gehen die Vorgangsweisen der europäischen Nationen weit auseinander, diesseits und jenseits der Grenzen von BürgerInnenrechten: Österreich etwa setzt auf eine *freiwillige* App des Roten Kreuzes zum *safe tracking*, also zum Nachvollzug der Kontaktpersonen infizierter Personen. Die Daten werden anonymisiert, nicht dauerhaft gespeichert und die Kontaktpersonen werden anonymisiert informiert, wenn sie in der Nähe Infizierter waren, sowie gebeten, sich zu isolieren. In Tschechien hingegen soll ein spezielles Überwachungssystem die Nachverfolgung der Kontaktpersonen von

Coronavirus-Infizierten ermöglichen, wobei Bewegungsprofile etwa auf Basis von Handydaten und Bankkartennutzungen erstellt werden (was datenschutzrechtlich in Österreich nicht zugelassen werden könnte), nichts über die Speicherung der Daten bekannt ist und Kontaktpersonen in Quarantäne müssen.

Vorsicht, Umsicht und Aussicht

Die Corona-Maßnahmen wurden eingerichtet, um die Ansteckungskurve abflachen, damit die Gesundheitssysteme nicht überfordert werden und unnötig viele Tote zu beklagen sind. Im besten Fall agieren Menschen von sich aus und mit Hausverstand diszipliniert damit die Ansteckungsgefahr eingedämmt wird, sodass die Wirtschaft so schnell wie möglich wieder hochgefahren werden kann. Alle getroffenen Maßnahmen zur Einschränkung von Bewegungsfreiheit etc. müssen jedenfalls zeitlich begrenzt und auf die Pandemie bezogen sein. Ad hoc Verfassungsänderungen sind zu vermeiden und maßnahmenkritische Stimmen sollten sich auf die Diskussion von sinnvollen Lösungen konzentrieren, anstatt Verunsicherung für eigene Zwecke (sei es Selbstdarstellung oder politisches Kalkül) zu verbreiten.

Doch die Krise bietet auch eine riesige Chance für die Gemeinsamkeit: Wo die Grenzen der demokratischen Prinzipien mit Füßen getreten werden, sollte die EU als Instanz der gemeinsamen Grundsätze eines friedlichen, freien und demokratisch organisierten Europas effektiv einschreiten (können und dürfen). Nur ein starkes gemeinsames Europa kann antidemokratische und rechtsstaatlich bedenkliche, die Grund- und Menschenrechte verachtende Veränderungen ahnden, ohne zwischenstaatliche Konflikte auszulösen. Dazu braucht es eine entsprechende Ermächtigung der EU durch die Nationen. Eine solche wiederum kann und muss die BürgerInnen Europas einfordern, beispielsweise in Form einer europäischen Verfassung. Nationale Regierungen wollen ihre Macht wie sich gezeigt hat nicht gerne teilen. Dadurch würde auch in Zukunft ein schnelles, europaweit abgestimmtes und gemeinsamen Prinzipien entsprechendes Handeln möglich werden. Doch Europa selbst braucht ebenfalls demokratischere Prinzipien. Die BürgerInnen Europas sollten auf die europäische Politik und Entscheidungen Einfluss nehmen können. So würde etwa das Wählen von Europaabgeordneten auf transnationaler Basis, anstelle auf nationaler Basis ein europaweites Denken und Handeln fördern.

Kommentar zur Demokratie in der Kollektiv-Aufstellung

Demokratie kann nicht ohne eine aktive Zivilgesellschaft, das sind eigenverantwortliche BürgerInnen, und ohne die Grenzen- und Unterschiede überwindende Kraft der Verbundenheit existieren. Einzelinteressen wiederum (wie man sie von konkurrenzorientierter Politik und Wirtschaft kennt) agieren gegen diese, einem größeren Zweck als Profit und Erfolg dienende, Verbundenheit. Das Gefühl dieser Verbundenheit ist der wohl stärkste Motor für mitverantwortliches, nachhaltiges Handeln. Doch wenn keiner mitmacht, bleibt ihr großes Potenzial bloße Theorie. Politik allein kann weder Verbundenheit erzeugen noch die Demokratie aufrechterhalten, denn Demokratie bedeutet aktive Mitsprache der BürgerInnen. Aggression scheint das einzige Ventil zu sein, das in Zeiten der

massiven Unsicherheit für ausreichend Aufmerksamkeit sorgen und die Demokratie zurück aufs Spielfeld holen kann. Obwohl es sich beim wiederholten Aufschrei der offenbar schwer enttäuschten, unter Einsamkeit leidenden Verbundenheit um einen Akt reiner Hilflosigkeit handelt, hat er eine derartig aufrüttelnde Wirkung, dass nicht nur die Demokratie belebt wird, sondern auch die Eigenverantwortung und die Zukunft wieder ins Bild gerückt und greifbar werden.

Solange BürgerInnen nur Zahlen auf den Berechnungsfeldern von Wissenschaft und Politik sind und sie dies einfach so hinnehmen, liegt die Demokratie im Winterschlaf. Der Ernst der Lage muss BürgerInnen erst einmal bewusstwerden. In der Isolation der Quarantäne bzw. der Ausgangsbeschränkungen wird der Wert von Verbundenheit gerade durch die Abwesenheit von anderen bewusst. Starke Gefühle wie Angst oder Wut können dafür sorgen, dass die Notwendigkeit für gemeinsame Prinzipien nicht nur lautstark artikuliert, sondern auch gehört wird. Ein demokratisches System der Meinungsvielfalt erlaubt einen solchen Aufschrei und er wird umso lauter, je kollektiver er ertönt. Eine solche freie Meinungsäußerung mit emotionaler Wirkkraft holt letztlich die Demokratie aus dem Feld des ungreifbar Abstrakten heraus und macht sie zur allseits spürbaren Lebensnotwendigkeit. Die Demokratie wird zum wesentlichen Teil des Lebensraums, der gemeinsam beachtet und gestaltet werden muss.

Im Angesicht der wirkungsvollen Allianz aus Eigenverantwortung und Einzelunternehmertum braucht es zudem eine tragfähige Verbundenheit, um die Demokratie auch dauerhaft ins Feld einzubinden. Zeit und Vertrauen schaffen dann die für nachhaltiges Handeln so wesentliche Brücke zwischen Demokratie und Zukunft.

Dies muss aber erst noch geschehen, denn noch scheint nicht ausreichend Zeit vergangen zu sein: das Vertrauen in die Verbundenheit ist noch nicht genügend ausgebildet, sodass nachhaltig sinnvolle Lösungen wie das bedingungslose Grundeinkommen wohl erst später Akzeptanz erhalten werden. Einen vertiefenden Text finden Sie auf der Homepage von Peter Klein und Sigrid Limberg-Strohmaier.